

Intensiv unterwegs für die Schweiz und den Europarat: Global verstehen, national handeln – erste Erkenntnisse und Erfahrungen.

Die zweite Session im Europarat liegt hinter mir. Der internationale Gedankenaustausch mit Kolleginnen und Kollegen in Strassburg – über Partei- und Landesgrenzen hinweg – ist eine ungemein wertvolle Ergänzung zu meinem Nationalratsmandat. Gleichermassen lehrreich war meine erste Mission als Wahlbeobachterin, die mich nach Serbien geführt hat.

Mitte April bin ich zum zweiten Mal nach Strassburg gereist. Die Session war wiederum reich befrachtet. Als Mitglied der Kommission für Migration und Flüchtlingswesen habe ich mich vertieft mit der Situation in den Sub-Sahara-Staaten auseinandergesetzt. Anlass dazu bot ein entsprechender Bericht zur teilweise dramatischen Situation in dieser Region.

Es ist bekannt, dass die von Afrika ausgehende Migrations-Bewegung eine ernsthafte Herausforderung für viele europäische Staaten darstellt. Zahlenmässig stark ins Gewicht fallen dabei Menschen, die aus den Ländern der Sub-Sahara-Zone auswandern. Die in dieser Region herrschenden Probleme sind akut. Nicht weniger als 24 Sub-Sahara-Staaten sind zurzeit in bewaffnete Konflikte involviert und das Wasserproblem stellt eine fast unüberwindbare Herausforderung dar. Zur Zeit flüchten jährlich zwei bis drei Millionen Menschen und Fachleute gehen davon aus, dass allein in den nächsten zehn Jahren 15 bis 30 Millionen Menschen den Weg in Nachbarstaaten und bis nach Europa suchen werden.

Ursachenbekämpfung statt Migrations-Romantik

Diese Zahlen belegen, dass Handlungsbedarf besteht. Aufhorchen liess mich die Aussage eines erfahrenen Europaratskollegen, ein nationaler Parlamentarier aus Andalusien, der erklärte, dass in seinem Land neun von zehn Gefängnisinsassen zur Gruppe der Immigranten zu zählen seien.

In meinem Votum im Europarat habe ich zum erwähnten Bericht kritisch angemerkt, dass sich die vorgeschlagenen Massnahmen zur Wahrung der Menschenrechte zu stark an den Symptomen in Europa orientieren. Aus liberaler Warte angezeigt wären primär Massnahmen in den Ursprungsländern, allen voran der Kampf gegen die Korruption, das organisierte Verbrechen, ethnische Konflikte und in diesem Sinne eine „Good Governance“, Kampf dem Wassermangel und der Wasserverseuchung sowie der Bildungsverhinderung, vor allem bei Mädchen.

Der Ausbau von Handelsbeziehungen wäre längerfristig wesentlich effizienter und dauerhafter als der Versuch, Personenbewegungen aufzuhalten. Was die Schweiz betrifft, plädiere ich dezidiert dafür, dass wir weiterhin bei stabilisierenden Aktionen zur Friedensförderung mitwirken. Hier abseits zu stehen, ist keine sinnvolle Politik – schon gar keine wirksame Migrations-Politik.

Wahlbeobachtung hautnah

Einen konstruktiven Beitrag leistet die Schweiz auch, wenn sie sich an Wahlbeobachtungsprogrammen beteiligt. Kaum ein Land hat mehr Erfahrung zu bieten bezüglich demokratischer Spielregeln. Es liegt nahe, dass wir als überzeugte Demokraten unser Know-how auch im internationalen Kontext einbringen.

Am 11. Mai fanden in der Republik Serbien Wahlen statt. Zusammen mit Kollegen aus dem Europarat sowie OSZE-Delegierten beobachtete ich während der entscheidenden Phase vor Ort den Wahlprozess, ich persönlich in der Kleinstadt Šabc (rund 90 km von Belgrad entfernt). Insgesamt 22 Parteien mischten mit, davon allerdings nur deren fünf mit realen Wahlchancen.

Mit einem Kollegen aus Dänemark besuchte ich zwölf Wahllokale, inkl. einem Gefängnis. Allerorten zeigte sich, dass Serbien als „Übergangsdemokratie“ noch eine beträchtlich Wegstrecke vor sich hat: Wenn auch die Wahlen selbst keine Unregelmässigkeiten zeigten, so waren die Kampagnen im Vorfeld jedoch ungemein hart und wurden zum Teil tief unter der Gürtellinie geführt. Politiker wurden übelst verleumdet und hatten teilweise um ihr Leben zu fürchten. Wenn der Demokratisierungsprozess in Serbien gestützt wird, ist viel gewonnen. Europa – inklusive der Schweiz – hat ein unmittelbares Interesse daran, dass die Situation in den Balkanstaaten stabilisiert wird.

Calmy-Reys unbedachter Schnellschuss

Die Eindrücke, die ich auf dem internationalen Parkett gewinne, sind kein Selbstzweck. Ich kann wichtige Rückschlüsse auf meine Tätigkeit im Nationalrat ziehen. So hat die Wahlbeobachtung in Serbien meine Zweifel an der Kosovo-Politik von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey klar gestärkt.

Ob es richtig war, dass unsere Aussenministerin die Unabhängigkeitserklärung Kosovos im Schnellzugstempo akzeptierte? War es sinnvoll, dass sich die neutrale Schweiz dort postwendend diplomatisch niederliess? Ich meine nicht. Mein Tessiner FDP-Kollege, Ständerat Dick Marty, kritisierte dieses Vorgehen damals harsch. Marty, der zurzeit die Aussenpolitische Kommission des Ständerats präsidiert, prognostizierte einen Glaubwürdigkeitsverlust der Schweiz. Auf meiner Mission in Serbien haben sich diese Befürchtungen bewahrheitet: Der unbedachte Schnellschuss von Micheline Calmy-Rey wurde in der internationalen Delegation wenig verstanden.

Verbandsbeschwerde: Initiative kommt vors Volk

Wenn mich die letzten Wochen verschiedentlich ins Ausland geführt haben, so bleibe ich innenpolitisch unverändert hart am Wind. Um nur ein Dossier zu nennen: Die Volksinitiative „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!“ kommt definitiv vors Volk, am 30. November 2008. Das Initiativkomitee hat sich mit klarem Mehr für den Abstimmungskampf und gegen einen Rückzug der Initiative entschlossen.

Ich habe mich sehr gefreut, dass sich Parteipräsident Fulvio Pelli positiv gezeigt und sich hinter die Initianten gestellt hat. Die FDP demonstriert damit Kampfeswillen – und sie exponiert sich als wirtschaftspolitische Themenführerin! Ich bin überzeugt, dass dies unsere Partei vorwärts bringen wird. Voraussetzung hierfür ist, dass die FDP Geschlossenheit markiert. An der schweizerischen Delegiertenversammlung vom 28. Juni steht eine wichtige Nagelprobe an. In der Zwischenzeit arbeiten wir professionell und auf Hochtouren. Und ich zähle auf Sie: Werden Sie Komitee-Mitglied unter www.wachstum.ch. Prominente Vertreter anderer Parteien (Liberale, SVP und CVP) sowie wichtige Verbände kämpfen mit uns Seite an Seite. Herzlichsten Dank für Ihre Unterstützung – Fortsetzung folgt!

Zürich, im Mai 2008 / Doris Fiala (FDP Nationalrätin und Mitglied des Europarats)